

Videokonferenz Weinheimer Initiative: Überlegungen zur Einführung

(WK 20.06.2020)

- Berufsnot oder enger: „**Ausbildungskrise**“ ist ein zentraler Bezugspunkt der Arbeitsgemeinschaft seit ihrem Bestehen: d.h. Ausbildungskrisen begleitet das deutsche Berufsbildungssystem mindestens seit den 60er Jahren. In dieser Krisenanfälligkeit spiegelt sich eine strukturelle Besonderheit des deutschen dualen Ausbildungssystems, nämlich seine Abhängigkeit vom Einzelbetrieb und der Marktvermitteltheit von Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen.
- Von Ausbildungskrise wurde und wird langläufig dann gesprochen, wenn der Nachfrage nach Ausbildung bei jungen Leuten kein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen gegenübersteht. Diese Definition stammt aus der Zeit, in der geburtenstarke Jahrgänge aus der Schule entlassen wurden und ein großer Teil von ihnen eine Berufsausbildung anstrebte. **Regelmäßig hatte ein solcher Krisentyp ungleiche Auswirkungen, weil er es den Betrieben ermöglichte, aus der Vielzahl der Bewerber*innen jene auszuwählen, die in Hinblick auf erwartete Leistungsfähigkeit und gewünschtes Verhalten besonders vielversprechend waren** (die sogenannte „Bestenauswahl“).
- Nun hatten wir schon vor der Corona-Krise auf der einen Seite eine andere Situation: das Ausbildungsplatzangebot, obwohl es sich kontinuierlich verringerte, überstieg die Nachfrage nach Ausbildung, weil immer weniger junge Leute eine Ausbildung anstrebten. Auf der anderen Seite gab es auch Ähnlichkeiten: denn es blieben Ausbildungsplätze unbesetzt, weil Betriebe die am Markt vorhandenen Bewerber*innen für nicht geeignet hielten (die sogenannte „Ausbildungsreife“). Zugleich verringert sich auf beiden Seiten das Gewicht der Berufsausbildung, was für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses zum Problem wird (also eine Art „Ausbildungssystem-Krise“).
- **Den verschiedenen Krisentypen ist gemeinsam, dass jene Jugendlichen ein besonders stark ausgeprägtes Risiko der Ausbildungslosigkeit trifft, die eine Ausbildung besonders dringend benötigen.**
- Eine wichtige Frage ist deshalb, welcher Art die Ausbildungskrise ist, die als Folge der Corona-Krise befürchtet und erwartet wurde und auf deren Vermeidung oder Bewältigung die aktuellen Maßnahmen, wie vor allen Dingen der sogenannte **Schutzschirm**, zielen. Befürchtet wird, dass sich aufgrund der aktuellen und längerfristigen Folgen der Corona-Krise die **Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze weiter verringern könnte** (kurzfristig aufgrund der Turbulenzen der aktuellen Krise

und der weit verbreiteten Kurzarbeit, mittelfristig aufgrund von Insolvenzen vor allem im Bereich der kleinen und mittleren Betriebe).

- Dem würde eine gleichbleibende oder – aufgrund der jungen Leute mit Abitur, die für ihr entgangenes Auslandsjahr oder andere Umstände nun eine Ausbildung nachfragen – sogar höhere Nachfrage gegenüberstehen. Dies würde auf eine stärkere **Konkurrenz vor allem um die attraktiven Ausbildungsplätze** hinauslaufen und erneut und verstärkt zu einem Abdrängen bestimmter Gruppen von Schulabgänger*innen führen.
- Auf die **sozialen Auswahleffekte** muss also auch dann geachtet werden, wenn der Schutzschirm in beträchtlichem Umfang greift. Außerdem muss auch auf **Mitnahmeeffekte** des Schutzschirms vor allem in Hinblick auf die **Ausbildungsqualität** geachtet werden. Es ist also zu befürchten, dass die Corona-Krise trotz Schutzschirm die bereits vorher sichtbaren Verwerfungen im Ausbildungssystem weiter verstärkt.
- Auch jetzt **kann es noch zu unbesetzten Ausbildungsplätzen** kommen: dies ist aber nicht Indiz für ein strukturelles Überangebot, sondern für Besetzungshemmnisse, die drei Gründe haben können: krisenbedingte Verzögerungen im Bewerbungs- und Auswahlverfahren, fehlende Nachfrage bei jungen Leuten wegen der vermuteten mangelnden Attraktivität der angebotenen Ausbildungen oder betriebliche Entscheidungen, die Ausbildungsplätze mit den vorhandenen Bewerber*innen nicht zu besetzen.
- Im Zuge der aktuellen Corona-Krise wurde und wird die Frage nach **außerbetrieblichen Ausbildungsalternativen** zu bisher üblichen betrieblichen Platzangeboten gestellt: Erhöhung der Ausbildungsangebote in öffentlichen Betrieben, Verbundausbildung, Trägerausbildung oder berufsschulische getragene Ausbildung. Von den Kammern wird – wie üblich – angemahnt, dass dies nur als Überbrückungsmaßnahmen und nicht als dauerhafte Ansätze einer größeren Pluralisierung des Ausbildungsgeschehens installiert werden sollen. **Ergänzende und alternative Ansätze müssen lokal mobilisiert werden** und zugleich auch in Hinsicht auf Qualität und Attraktivität vertretbar sein. Hier liegt eine zentrale Aufgabe der **Lokalen Verantwortungsgemeinschaften**.
- Die Corona-Krise zeigt wie im Brennglas die grundsätzliche Problematik der Abhängigkeit eines wichtigen Teils unseres Bildungssystems, nämlich eines großen Teils der Berufsausbildung, von einzelbetrieblichen Entscheidungen. Dies gilt nicht nur – wie jetzt im Vordergrund steht – für die Frage, **ob und wieviel und in welchen**

Berufen überhaupt ausgebildet wird, sondern auch, **wem die Betriebe einen Ausbildungsvertrag geben**. Ein wichtiges Kriterium für Betriebe ist dabei ihre Prognose, ob eine Bewerberin/ein Bewerber ohne großen zusätzlichen Aufwand die Ausbildung erfolgreich absolvieren wird. Es kann gut sein, dass ein bei vermeintlich weniger geeigneten Bewerber*innen erwartete Mehraufwand oder das auch finanzielle Risiko eines Scheiterns in der Ausbildung **in Betrieben, die eine Existenzkrise bewältigen müssen**, noch weniger gern in Kauf genommen wird, also **die Auswahl eher rigider als offener** sein wird. Hier ist Unterstützung zentral.

- Oftmals wird als Grund gegen bestimmte jugendliche Bewerber*innen von Betrieben ins Feld geführt, dass es weniger um die betrieblichen Anforderungen als um die – u.a. durch neue Ausbildungsordnungen erhöhten theoretischen – Anforderungen, sprich: also um gefürchtete Schwierigkeiten und das Scheitern in der **Berufsschule** gehe. Dies verwies schon vor der Corona-Krise auf ein grundsätzliches Dilemma des dualen Systems: entgegen einer in Sonntagreden immer wieder hervorgehobenen Stärke ist die pädagogische Qualität des dualen Lernens – also die pädagogisch reflektierte Kooperation zwischen Betrieb und Berufsschule – weitgehend unbefriedigend.
- Die **Berufsschule** stand und steht mit der Corona-Krise vor erheblichen pädagogischen Herausforderungen: man könnte sie auch grundsätzlicher thematisieren und aus Anlass der Corona-Krise **Initiativen zu einer durchgreifenden Verbesserung der pädagogischen Lernortkooperation** in pluralen lokalen Ausbildungssystemen gelangen. Hierzu gibt es durchaus Ansätze.
- Dabei dürfen jene jungen Leute nicht aus den Augen verloren werden, die **aktuell in der Ausbildung** sind und durch den lockdown auch der Berufsschulen möglicherweise einen erheblichen Nachholbedarf und – wenn dies nicht ausgeglichen wird – bleibende Defizite aufweisen könnten. Auch hierbei geht es vor allem um innovative pädagogisch-didaktische Lösungen, die die Neugier, den Spaß am Lernen und Problemlösen mit anderen (digital oder präsent) und die Selbstlernmotivationen stärken. Auch dies könnte in eine **kraftvolle pädagogische Initiative in der beruflichen Bildung** einfließen.
- Diejenigen, die in der Corona-Krise am Ende ihrer Ausbildung waren und sind, müssen nicht nur die Gelegenheit haben, ihre Prüfungen erfolgreich zu absolvieren, sondern auch die von *ihnen gewünschten Anschlüsse*, sei es eine Anstellung in einem Betrieb, sei es weiterer Schulbesuch, usw. Im Verständnis der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative sind die Grundlagen einer gelingenden Bildungsbiografie erst dann vollständig gelegt, wenn das Ankommen in einer Berufstätigkeit, die eine

eigenständige Lebensführung möglich macht, erfolgt ist. Soweit müsste auch die Aufmerksamkeit der Kommunalen Koordinierung reichen.

- Aus diesen Überlegungen folgt eine **thematische Abfolge** für die geplante Reihe von Videokonferenzen, die dann in das als Präsenzveranstaltung geplante Jahresforum im November 2020 münden sollen:

- (1) heute also *Erste Bestandsaufnahme: Corona-Krise – auch eine Ausbildungskrise?* ,
- (2) – im Juli – *Besondere Risikolagen* ,
- (3) – im August – *Lokale Handlungsansätze* ,
- (4) – im September – *Zwischenstand* ,
- (5) – im Oktober – *Kommunale Koordinierung und Berufsausbildung: eine Positionierung*.